

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Verleger: Richard Döberlein.
Hauptverleger: Hermann Döberlein.
Herausgeber: Hermann Döberlein.
Redaktionsadresse: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 22,25 M. Die einseitige 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, sportliche An- u. Verkäufe 25% Ermäßigung. Druck- u. Auslieferung gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Gedruckt und veröffentlicht von:
Richard Döberlein & Co.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Aufschrift („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unrichtige Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

ERNST LANGE
Koffer- und Taschenfabrik
Jetzt: Pirnaischer Platz Tel. 19170 und 19009

Königsdielen
Vornehmes Restaurant

Kakao
Deutschmeister
wirdlich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Eine Kanzlerrede in Karlsruhe.

„Der Hegenhammer der Zerstückungspolitik“

Karlsruhe, 28. Okt. In einer von Tausenden besuchten Versammlung im Großen Saal des Reichstagsgebäudes sprach Reichskanzler Dr. Brüning über die Reichspolitik, wobei er insbesondere die oberste Frage und die Genfer Entscheidung berührte. Der Reichskanzler sagte dabei u. a.: Nicht nur die Oberste, sondern das gesamte deutsche Volk hätten das Gefühl, daß Obersteileiten verschlechtert worden sei. Trotzdem dürfe man jetzt keine Politik einer einseitigen Berücksichtigung Obersteileiten betreiben. Aber die Begegnung dieser wichtigen deutschen Produktionsstätten, die als ein Raub vor aller Welt bezeichnet werden müssen, beruht auf dem empfindlichen Verlust der deutschen Produktionsfähigkeit. Die deutsche Volkswirtschaft für die Reparationen sei dadurch wesentlich geschwächt. Der Kanzler nannte den Vertrag von Versailles den Hegenhammer der europäischen Zerstückungspolitik. Aber er enthalte einen Paragraphen, der Deutschland das Recht gebe, seine Leistungsfähigkeit von Zeit zu Zeit nachprüfen zu lassen. Dieser Fall sei hier gegeben. Der Kanzler verlas vor der Versammlung die bekannte Rechtsvermutung, die die deutsche Regierung an die Versickerungskonferenz gerichtet hat, und sagte hinzu, dieses historische Dokument müsse Gemeingut des deutschen Volkes werden.

Am Schluß seiner häufig durch lärmlichen Beifall unterbrochenen Rede besprach der Reichskanzler die durch die Gewalttätigkeit der Entente herbeigeführte Weltwirtschaftskrise und die Entwertung der Mark durch Reparationsanforderungen und erklärte, es sei unmöglich, ein 60-Millionenvolk als Käufer auf dem Weltmarkt auszuhalten — was durch die Entwertung der Mark geschehe —, ohne daß die Volkswirtschaft der Gläubigerstaaten dabei selbst darunter leide. Der Kanzler schloß mit einem Appell zur inneren Einigkeit, die aus der Verantwortungsbewusstheit ansetzt werden müsse. (W. T. B.)

Berlin, 28. Okt. Reichskanzler Dr. Brüning ist heute nach Baden abgereist, wo am Sonntag die Landtagswahlen stattfinden. Bekanntlich ist Dr. Brüning bisheriger Landtagsabgeordneter.

Veröffentlichung der deutschen Protestnote.
(Wagner-Drohbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Berlin, 28. Okt. Der „Tagesschau“ meldet aus Paris: Der Protest der deutschen Regierung gegen die Entscheidung des Völkerbundes in Donnerstagabend durch eine Panamane veröffentlicht worden mit dem Hinweis, daß die Alliierten sich ihre Stellungnahme zu dem deutschen Protest vorbehalten müssen.

Raub der deutschen Kunstschätze?
London, 28. Okt. (Reuters.) Auf die Anregung eines Abgeordneten im Unterhaus, die Alliierten sollten im Hin-

sicht auf die von Deutschland gemachten Schwierigkeiten, keine Reparationsleistungen zu leisten, der deutschen Regierung vorzuschlagen, deutsche Kunstschätze zu verkaufen, ver sprach Sir Robert Home, diese Anregung zur Kenntnis der Reparationskommission zu bringen. (W. T. B.)

Stegerwald über die große Koalition.

Eine Lebensfrage des deutschen Volkes.

(Drohbericht unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 28. Okt. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald erklärte dem Chefredakteur des „Deutschen“ u. a.: In Preußen ist durch die Vorgänge im Reich die bisherige politische Regierungspolitik erschüttert. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die neue Regierung ist jetzt sowohl ein Gebot politischen Anstands, als auch der Staatsnotwendigkeit. Der Sozialdemokratie kann nicht zugemutet werden, im Reich in allen entscheidenden Stunden in die Bresche zu springen, in der größten Bundesstaaten dagegen von der unmittelbaren Mitwirkung an den Staatsgeschäften ausgeschlossen zu bleiben. Wir stehen zudem vor einem sehr schlimmen Winter und vielleicht vor einem noch schlimmeren Frühling. Unter diesen Umständen wird die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die neue Regierung bald erfolgen müssen. Auf die Frage, ob jetzt nicht der Gedanke der großen Koalition unzulässig sei, erwiderte Stegerwald: Dafür habe ich nur ein entscheidendes Nein. Die große Koalition kommt, weil sie kommen muß. Der Reichstag steht in den nächsten Monaten vor Aufgaben von solcher Schwere und Tragweite, wie sie wohl noch keinem Parlament der Welt gestellt gewesen sind. Der Reichstag muß mindestens 50 bis 80 Milliarden Papiermark an Steuern schaffen. Deutschland muß alle überflüssigen Steuern bis zur Quelle ausschöpfen, sonst läßt keine Verminderung der Inflation, keine Besserung des Marktwortes keine Revision der Reparationsleistungen denkbar. Steuern, die sowohl Recht wie Verstand auf das allerhöchste beanspruchen, sind aber nur mit starken Mehrheiten durchführbar. In den letzten Jahren haben wir mit den überhöhten Ertragssteuern die ausländischen Lebensmittel bezahlt. Somit will Deutschland heute die beabsichtigten eigenen Erzeugnisse reichen nach allen bisherigen Ertragssteuern erhöhen bis zum Mat, nicht bis zur neuen Ernte. Wozu soll das deutsche Volk in der Welt leben? Wenn man zu wählen hat, zwischen einer Koalitionsverbreiterung durch zwei Parteien, die einander wenig freundlich sind, und der Verleumdung eines großen Teiles des deutschen Volkes, dann kann keinem wahren Vaterlands- und Deutschentum die Wahl schwer fallen. So steht es aber um das deutsche Volk. Diese harten Tatsachen zwingen den Reichstag zu einer festen Steuergemeinschaft. Die große Koalition ist eine deutsche Lebensfrage.

Die Aussichten für Washington.

Man würde die bevorstehende große Konferenz in Washington völlig falsch einschätzen, wenn man sie lediglich nach dem Namen beurteilen wollte, mit dem sie gewöhnlich bezeichnet zu werden pflegt: die Abrüstungskonferenz. Gewiß soll der Gedanke und das Ziel der internationalen Abrüstung auch gegenwärtig noch eines der Hauptthemen sein, die auf dieser Konferenz zur Behandlung gelangen, so wie es der amerikanische Senator Borah ursprünglich plante, als er die Anregung zur Befestigung internationaler Streitigkeiten auf dem Wege des Schiedsgerichtshofes und zu einer allgemeinen Abrüstung gab. Aber neben diesen Gedanken sind mit der Zeit eine Reihe anderer Ziele getreten, die zu ihm in enger Beziehung stehen und ohne deren gleichzeitige Lösung die Arbeit der Abrüstungskonferenz nur Stückwerk bleiben würde. Die Befestigung der Abrüstungsmaschinen in der Welt hat nur dann einen Zweck, wenn mit ihnen zusammen die Ursachen entfernt, die Spannungen weckt, die Kampfobjekte zwischen den einzelnen Völkern friedlich verteilt werden, um derenwillen Armeen und Schlachtflotten unterhalten werden. Gelingt es nicht, diese Vorarbeiten befriedigend zu erledigen, dann hat jede Abrüstungseinkürzung oder auch jede völlige Abrüstung nur formellen Wert. Spricht doch die Kriegserfahrung dafür, daß selbst ein so unmillitärisches Land, wie es die Vereinigten Staaten vor 1914 waren, in Dreivierteljahrfrist eine Millionarmee mit allen modernen Kampfmethoden aus dem Boden komposten kann, wenn ihm die nötigen finanziellen und materiellen Hilfsmittel zu Gebote stehen. Soll also die geplante Abrüstungskonferenz wirklich brauchbare Resultate erbringen, dann muß sie einen wesentlichen Teil ihrer Vorbereitungsarbeit der Schaffung der nötigen Vorbedingungen oder, wie ein bekannter amerikanischer Politiker sich äußerte, der „reinen Atmosphäre“ widmen. Diese Erkenntnis hat den Präsidenten Harding, noch ehe er die Einladungen zur Konferenz in die Welt geschickt hat, dazu veranlaßt, eine Reihe anderer Punkte auf das Programm der Besprechungen zu setzen, zu denen mit Bestimmtheit die Fragen des ferneren Ostens und der Nachverteuerung im pazifischen Ozean gehören. Gerichte besagen auch Harding's anfänglicher Widerstand gegen eine Erörterung der internationalen Finanzlage sei geschwunden, so daß mit einer Behandlung auch dieser Angelegenheit zu rechnen sei. Soviel ist jedenfalls sicher, daß diese und noch manche andere Frage in das Beratungsprogramm hineingehören, wenn es den Großmächten wirklich auf eine Stabilisierung der Weltverhältnisse und auf die Vereitlung einer moralischen und materiellen Basis ankommt, von der die allgemeinen Abrüstung ausgehen kann. Vom Ernste dieses Vorhabens kann aber kein noch so unangenehmes Beratungsprogramm, können noch so unangehörte Verhandlungen nicht überzeugen, wenn ihnen nicht praktische Beweise in der Haltung der Völker und ihrer Regierungen zu neuen wichtigen Fragen zur Seite stehen. Solche Beweise können aber auch nun und nimmer durch den Mehrheitsbeschluß einer Konferenz erzwungen werden; entweder sie sind vorhanden als die Produkte eines abräumungsbedürftigen Willens der Völker, schon ehe die Konferenz beginnt, oder sie sind es nicht, und dann besteht die Gefahr, daß die ganze Konferenz sich als ein wertloses Streben um Probleme offenbart, deren Erfüllung in niemandes Macht liegt. Galt man nun unter diesem Gesichtspunkt, Umbau in der Welt, so muß man allerdings die eigenständlichen Erfahrungen machen, und der Wert der Washingtoner Besprechungen hängt von vornherein davon ab.

Um es sofort zu sagen: Beweise wirklicher Abrüstungsbereitschaft, die eine günstige Voraussetzung für Washington gestatteten, gibt es in keinem Lande Amerikas oder Europas. Die Abrüstungsverringern einzelner Staaten, soweit sie sich in Zahlen ausdrücken lassen, sind zeitlich beschränkt und einseitige Erscheinungen. Gewiß hat man in England und Amerika einige hunderttausend Mann entlassen, in Frankreich ein paar Jahrgänge vorübergehend beurlaubt, aber während man hier einige Spezialtruppen des Landheeres um etwas verringert, fördert man dort mit allen Kräften den Ausbau der ungeheuren Flotten; an eine tatsächliche Abrüstung denkt man nicht. Alle gegenseitigen Behauptungen sind Sensationsmeldungen, die den milden friedlichen Geist des einen oder anderen Landes vor den Augen der Welt in strahlendes Licht setzen sollen. Einen Einblick in den wahren Sachverhalt gewinnt man schon dadurch, daß man die Haltung der Weltmächte zu den großen oben genannten Vorfällen betrachtet. Da ist das Problem des ferneren Ostens, das mit dem des Pazifischen Ozeans zusammen als der Kernstreitpunkt der amerikanisch-japanisch-englischen Interessen bezeichnet zu werden pflegt.

Bekanntlich reihen sich die drei großen Mächte darum, in den erst vor ihrer Erschließung stehenden Gebieten Ostasiens wirtschaftlich ihren Einfluß geltend zu machen. Einmal diesen Ziele dient der Wettlauf ihrer maritimen Rüstungen, der von Monat zu Monat die Gefahr eines Waffenkampfes in immer greifbarere Nähe rückt. Es würde zu weit führen, auch nur die letzten Phasen dieser Entwicklung näher zu beleuchten; nur daß sie in Erinnerung gerufen, daß der Ausbau der Kriegsschiffe nach dem Krieg wohlunterrichteter Kreise bereits 1921 eine solche Vollendung erfahren haben wird, daß die gegenseitige Konkurrenz unbedingt an-

Kaiser Karl verweigert den Thronverzicht

Wien, 28. Okt. Aus Budapest liegen Meldungen vor, daß sich Kaiser Karl gegenüber dem Delegierten der ungarischen Regierung Minister v. Rozsa, der ihn aufsuchte und zum Thronverzicht aufforderte, geweigert hat, diesen Thronverzicht anzunehmen.

Die Haltung Englands.

London, 28. Okt. Reuters erklärt, daß im Foreign Office von einem Ultimatum der kleinen Entente an Ungarn nichts bekannt sei. Man ist durchaus der Ansicht, daß der normale Kaiser Karl entweder abtreten oder offiziell entlassen werden muß. In dieser Hinsicht stimmen die Große und die kleine Entente überein. Die englische Ansicht geht dahin, daß für ein Ultimatum keine Notwendigkeit besteht, da die Gesamtfrage auf friedlichem Wege gelöst werden kann. Man ist der Meinung, daß der Friedensvertrag aufrechterhalten werden muß und daß eine finanzielle oder territoriale Kompensation auf Kosten Ungarns mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sein würde. (W. T. B.)

Wien, 28. Okt. Die „Lageschau“ meldet aus Belgrad:

Das ansehnliche Ultimatum wurde gestern nach Prag und Budapest geschickt. Deute erwartet man in Belgrad die endgültige Redaktion von den beiden interessierten Staaten. Auf Grund der jugoslawischen Verfassung muß aber auch die Nationalversammlung das Ultimatum genehmigen. Zu diesem Zwecke wird für Sonnabend, dem 29. d. M., eine Sitzung einberufen. (W. T. B.)

Jahrestag der tschechischen Republik.

Präsident Masaryk über die tschechische Politik.

Prag, 28. Okt. Anlässlich des dritten Jahrestages der Ausrufung der tschechisch-slowakischen Republik empfing heute Präsident Masaryk das diplomatische Korps und führte dabei u. a. aus: Das Problem, das uns der Krieg hinterlassen hat, ist zum größten Teil ein mittlereuropäisches. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir im Einvernehmen mit der Entente arbeiten und darin fortfahren werden. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß es sich bei uns darum handelt, die Autorität der Entente für Europa zu erhalten. Das unvornehme und unwürdige Vorgehen des Kaisers beweist dem politischen denkenden Menschen, daß die monarchistisch-faschistische Bewegung vom politischen Gesichtspunkt aus hoch ist und daß die politischen Rätegeber Karls die politische Lage in Mitteleuropa mißverstanden haben. Seine monarchistischen Anhänger sollten nunmehr begreifen, daß der Kaiser nicht allein seine Person, sondern

das Prinzip des Monarchismus kompromittiert hat. Wer sich den Habsburgern nähert, stirbt daran.

In Beantwortung der Glückwünsche des Kammerpräsidenten Tomasek sagte Präsident Masaryk u. a.: Wir haben gegenüber Magyaren keine Eroberungspläne, müssen aber darauf bestehen, daß die magyarische Regierung endlich mit ihren Zweideutigkeiten aufhört. Wir befehlen auf den Friedensverträgen und verlangen deren locale Durchführung. Die Mobilisierung bedeutet noch nicht den Krieg, ist aber eine große Belastungsprobe. — Gegenüber dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch bemerkte der Präsident, daß der Verlauf der großen diplomatischen Aktion und der Mobilisierung, die im ganzen ruhig und in Ordnung vor sich geht, ein ostenfunder Beweis der inneren Konsolidierung der Republik sei.

Ein ungarisch-tschechischer Grenzzwischenfall.

Bregunz, 28. Okt. Bei Rittice, nahe der Grenze, ließ eine ungarische Bande von 13 Mann zweimal auf die tschechisch-slowakische Armangrenzswache. Verletzt wurde niemand. (W. T. B.)

Der Vatikan für Kaiser Karl.

Wien, 28. Okt. Nach der christlich-sozialen „Reichspost“ beabsichtigt der Vatikan einen Protest für den Fall, daß über Kaiser Karl allzu harte Bestimmungsbestimmungen getroffen würden. Der Papst sehe sich zu diesem Schritt durch den Umstand veranlaßt, daß der König ein katholischer Monarch sei und bei seiner Abdankung zum König von Ungarn durch den Kardinalprimas von Ungarn namens des Papstes gelobt wurde.

Prag, 27. Okt. Blättermeldungen zufolge ist der Karlsbader Prinz Ludwig Windischgrätz an der tschechischen Grenze verhaftet und nach Prag gebracht worden. (W. T. B.)

Die englisch-irischen Verhandlungen.

London, 28. Okt. Im Unterhaus teilte Lord George mit, daß die Konferenz mit den Sinesen in der delegierten weitergehe. Er sagt, es sei klar, daß eine Gruppe von Mitgliedern des Unterhauses ernste Befürchtungen wegen der augenblicklich zwischen den Vertretern der britischen Regierung und den Sinesen geführten Verhandlungen haben und daß daher die Regierung wissen müsse, woran sie sei. Keine Regierung könne derartige Verhandlungen führen, wenn sie nicht wisse, daß sie dabei die Integrität des Hauses hinter sich habe. Die Regierung beabsichtige daher, am Montag eine Erörterung über eine diesbezügliche Entscheidung, sowie eine namentliche Abstimmung stattfinden zu lassen.

einem Konflikt führen muß. Der Vermeidung dieses Zusammenstoßes, der für die Welt von noch fürchterlicheren Folgen begleitet sein würde, als der Krieg von 1914/18, soll die Washingtoner Konferenz in erster Linie dienen. Aber zweitens, und drittens, die einzelnen Mächte die Stärke und die Notwendigkeit dieses Bündnisses klar vor Augen zu stellen, können sie sich doch nicht dazu entschließen, durch Verträge und gegenseitige Konzeptionen eine dauerhafte Basis zu schaffen. Durch geheime gegenseitige Versprechungen und Verbindungen rufen sie die Gefahr der dritten Interessierten Macht herauf und verschärfen so die Situation in nächster Nähe. Nachdem es Amerika im Sommer dieses Jahres gelungen ist, die Furchen des englisch-japanischen Bündnisses zu überwinden, lehnt sich eine Annäherung der beiden anglo-amerikanischen Mächte vollziehen zu haben, auf die natürlich Japan nicht freundlich zu sprechen ist. Raum hat es in den letzten Tagen durch Nord Westliche davon erfahren, daß England Amerika im Falle eines Konfliktes unterstützen würde. So ist es keine Überraschung in Washington angedeutet, daß es auf die Verfolgung eines internationalen Programms verzichten würde, wenn es durch in seiner Stellung in China bedroht würde. Einige Tage später hat die Associated Press von Tokio berichtet, daß die Japaner nach Washington geschickt, um Teilnahmen zu erhalten, nach dem Japan die Unterstützung nach einer Weile verweigert werde, die sich mit jeder anderen Interessierten Mächte im Stillen Ocean meinen kann. Bei einem derartigen Durchwachen von Verhandlungen, bei derart einander widerstrebenden Forderungen, die hier nur mit einem Beispiel belegt werden können, läßt sich erwarten, wie der Kampf der Mächte und Ansprüche gegenwärtig nicht und zu neuen Wendungen er auf der bevorstehenden Konferenz auswirken wird. Das aber kann man mit Arg und Recht aus diesen Umständen ableiten, daß von den an der Lösung der ostasiatischen Probleme interessierten drei Mächten keine so offene und ehrliche Ziel erreicht, wie es für einen friedlichen Verlauf der Konferenz erforderlich wäre. Eine Identifizierung mit sich annehmen sein können, den Boden des internationalen Programms nicht zu verlassen, sondern zu einem anderen Punkt der Konferenz zu weichen, der unklar von Arbeitsteilung auf dem Weltmarktdomäne im Hinblick auf die internationale Abrechnung erleben würde, als vielmehr die Umwandlung zu neuen Rahmen.

Sollte tatsächlich, wie gerüchelt wird, die internationale Annäherung zur Sprache gebracht werden, dann würde sich dieser Verdacht nur noch verstärken. Denn in dieser Frage stehen sich die Ansichten der Weltmächte so unüberwindbar gegenüber, wie in dieser. Und diese Unvereinbarkeit ist im Vergleich zu den anderen Problemen die unheimlich bedrohliche. Im Ozean und den Stillen Ocean gibt der Kampf dreier Mächte, die Amerikaner aber in ein Verhältnis, in dem Amerika und England ebenso beteiligt sind, wie Frankreich und Deutschland. Die allgemeine Annäherung aller Mächte, die die Einheit und die ideale Lösung dieses Problems darstellt, erfordert von vornherein so starke Abkühlung, daß auch nur die Annäherung dieses Gedankens der Konferenz zum Scheitern bringen würde. In Amerika tritt der genannte Senator Vorah daher ein, daß man den europäischen Mächten die gleichen Rechte nicht länger räumen soll, damit sie auf diesem Wege gezwungen werden, ihre Forderungen einzuräumen. So gerund dieser Gedanke erhebt, so würde er doch wohl offene Ablehnung durch England und Frankreich erfahren, das jede Auseinandersetzung darüber von vornherein fruchtlos verurteilt würde. England und Frankreich wünschen vielmehr einen Schuldverzicht ohne Gegenleistung, wobei einzelne englische Stimmen, wie die des früheren Schatzkanzlers Mac Kenna, angenommen werden müßten. Dessen Schluß, die deutschen Reparationszahlungen und die allzeitigen Schulden an Amerika zum Teile der Weltwirtschaft zu liquidieren, wäre in der Tat die beste Lösung der internationalen Finanzkrise, die in Washington getroffen werden konnte. Aber die Aussichten darauf sind leider höchlich gering. Denn, um nur an Frankreich zu denken, der Wille, aus diesem Grund herauszukommen, ist ebenso gering, wie immer andere, die Mächte einzuräumen. Die Welt fährt in gegenseitiger Angst nach Sicherheit militärischer und finanzieller Natur, aber den Zustand der Sicherheit unter Auslieferung gewisser Einzelverträge herbeizuführen, kann sie sich nicht anschauen. Und solange sie nicht lernen, in dieser Hinsicht anders zu denken, sind die Aussichten für eine Konferenz wie die Währungskonferenz von Washington denkbar schlecht.

Dr. Rathenau's Reparationspolitik.

Mannheim, 28. Okt. In einer von etwa 7000 Personen besuchten Versammlung des badischen Landesverbandes der deutschen demokratischen Jugend führte Dr. Rathenau nach der Rede des badischen Landespräsidenten über die Reparationsfrage die folgenden Punkte an, aus: Die Sinnhaftigkeit des Reparationsbegriffes ergibt sich aus sich selbst. Die auf dem Weltmarkt durchgeführte Reparationspolitik ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern selbst neben dem Vorant des wirtschaftlichen Verstandes. Denn in diesem steht nicht davon, daß wir bekommen, sondern mit denen Reparationsleistungen zu treffen. Es waren lediglich diese Reparationsleistungen vorzuziehen. Denn wird der Schaden auf das Maß der Leistung hin abgemessen, so ist die Reparationsleistung die Grundlage haben und werden den Eintritt in das neue Wirtschaftssystem, sondern lediglich der Verlust anderer Leistungen zu leisten. Es ist bei diesem Verlust nicht beizutragen. Aber als Moment erfüllt es sich mit dem Verlust, auch dann selbst, wenn er selbst nicht von einem anderen Menschen aus gehen würde. Dr. Rathenau wird weiter darauf hin, daß die Möglichkeit der Erhaltung der von Deutschland übernommenen Verbindlichkeiten sich durch den Verlust der Oberbefehlshaber vermindert. Das eben auch im Ausland die meisten ein, die in der wirtschaftlichen Lage belastet und etwas davon verstehen. Es würde nicht sein, daß dem Ausland gegenüber nicht mehr auf dem Standpunkt zu stehen, wie werden jetzt nicht mehr auf dem Standpunkt der Verfall der Reparationsleistungen stehen, aber das Land hätte auch nicht mehr abzugeben. Das aber Teil der wirtschaftlichen Politik werde Reparationspolitik sein müssen. Gegenüber der Politik Deutschlands solle dem Ausland erklären, welches Maßnahme auf die Welt der Reparationsleistungen, in dem es sich nicht die Reparationsleistungen Deutschlands müsse von Zeit zu Zeit erfüllt werden. Es geht nur einen Weg, nämlich die deutschen Leistungen in Zahlungen zu vermindern. Diese Weg ist beizutragen werden in den Verhandlungen von Washington. Dr. Rathenau schloß, wie können nur leben in einer demokratischen Republik. Die Einigung des Volkes kann nur eine demokratische sein, beruhend auf der Mehrheit oder Minderheit. Sie können nur mit den anderen Mächten leben, wenn diese verstehen, was bei uns vorliegt.

Neuregelung der Reparation in Washington?

London, 28. Okt. Die „Daily Mail“ meldet, hat die Rede Mac Kennas in Chicago in deutschen amtlichen Kreisen, insbesondere beim Schatzamt, einen günstigen Eindruck gemacht. Es scheint die Ansicht zu haben, daß nicht nur die internationalen Schuldverhältnisse werden müssen, sondern auch die Reparationspolitik eine Neuregelung erfahren müsse. Laut „Daily Mail“ ist es so mit wie früher, daß diese Frage im Zusammenhang mit der Frage der internationalen Verpflichtungen auf der Washingtoner Konferenz erörtert werden wird. (28. 10. 28)

Streikfrage der amerikanischen Eisenbahnen.

London, 28. Okt. Das neutrale Bureau meldet aus Chicago, der Eisenbahnstreik ist abgeklungen. (28. 10. 28)

Blutige Zusammenstöße mit deutsch-böhmischen Militärpflichtigen.

Die sozialistischen Führer ohne Gefolgschaft. Graafitz, 28. Okt. In den letzten Tagen hatten zahlreiche Militärpflichtige Einrückungsbeehle erhalten, denen nachzukommen sie jeder einzelne dräube. Die Einrückungen schlossen sich zusammen und widerstehen sich gemeinsam dem Einrückungsbeehle. Am ersten Einrückungstage (Donnerstag) gruppieren sich die jungen Männer nach einer Versammlung am Vormittag in der Räumlichkeit zu einem Demonstrationsschritt, proklamieren den Generalstreik und erlangen die Schließung sämtlicher Gewerbe- und Industriebetriebe, sowie der weichen Lebensmittelmittel. Gleichzeitig wurde mit sämtlichen Wägen Sturm geläutet. Als am Vormittag bekannt geworden war, daß eine Abteilung tschechisches Militär mit der Bahn um 5 Uhr ankommen werde, steigerte sich die Erregung der Menge ins Maßlose. Da die sozialdemokratischen Führer die Einrückungspflichtigen aufgefordert hatten, zum Schutze der Republik einzutreten, legte sich die Arbeiterklasse in schärfster Gegenwehr zu ihren Führern, die schließlich laute Ermahnungen, wie „Kriegsgeheer“ wurden, über sich ergehen lassen mußten und schließlich bedroht wurden, so daß sich keine mehr auf der Straße sehen lassen durfte. Um 5 Uhr trafen die angekündigten tschechischen Soldaten ein. In der Nähe des Marktplatzes eröffneten die Tschechen, wohl weil sie fürchteten, von der Menge entworfen zu werden, ein lebhaftes Gewehrfeuer. Es blieben mehrere Tote am Platze. Heute hat noch verschiedene Verletzte gestorben, so daß man heute mittag 12 Tote und etwa 26 Verwundete zählte. Die Verlegungen sind vielfach durch Handstreich und Querschläger hervorgerufen.

Am kommenden Sonntag wird die gemeinschaftliche Totenbestattung stattfinden. Ob es auf Seiten der Tschechen Verwundete gegeben hat, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Die Bevölkerung war fast durchweg wütend. Es wurde über den ganzen Bezirk Graafitz das Ständrecht verhängt. Heute war es in der Stadt ruhig.

Der amtliche tschechische Bericht.

Prag, 28. Okt. Ueber die Vorgänge in Graafitz verbreitet die Presseabteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung eine Darstellung, in der es heißt: Die militärische Abwehrabteilung, bestehend aus 8 Mann und 2 Offizieren, wurde am Bahnhof von einer großen Ansammlung der Bevölkerung erwartet, die die Soldaten mit Stein empfangen, sie umringelte, schloß sie mit Steinen bewar. Als die Abteilung unter bedeutenden Hindernissen auf den Marktplatz gelangte, fielen aus den umliegenden Häusern zwei Schüsse. Das war das Signal zu einem Angriff der Bevölkerung, die den Soldaten die Gewehre zu entreißen begann. Der Kommandant gab darauf Befehl zum Schießen und es wurden zwölf Personen getötet und zehn verwundet. (28. 10. 28)

Noch keine Einigung über die Beamtenbefolgung.

Berlin, 28. Okt. Eine detaillierte Seite teilt dem W. T. B. über die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Beamtenverbänden mit: Im Reichsministerium fanden am 26. und 27. d. M. andauernde Verhandlungen über die noch bevorstehenden Gehaltsverbesserungen für die Beamten statt. Nach Auffassung des Reichsministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Gehaltsaufhöhung, sondern um eine Neugestaltung der Befoldungsgefehle. Den Vorschlägen der Beamtenverbände gegenüber. Die Verhandlungen dauerten am Donnerstag bis nachts 1 Uhr und schloß noch zu keiner Einigung. An der Bewegung sind die fünf Spitzenverbände beteiligt, die eine zwanzigköpfige Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa acht, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je fünf und der Gewerkschaftsbund zwei Vertreter.

Berlin, 28. Okt. Im Reichsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde ein Antrag bezüglich der Anrechnung der Militärdienstzeit der Offiziere auf das Befoldungsdieneralter, wegen der gegenwärtigen mit dem Deutschen Offiziersbund Verhandlungen schweben, der Regierung als Material überwiehen. Gleichfalls die Anrechnung der Militärdienstzeit wurde eine Einigkeit, die die Anrechnung der Militärdienstzeit behandelt. Reglementarisch wurde ferner ausgedrückt, daß das Gesetz über die Verwendung der Beamten demnach nicht zu erwarten sei. Auch schwebten Verhandlungen mit den Verbänden amts Nebennahme eines Teiles der Beamtenbefolgung.

Die Beifher im Staatsgerichtshof.

Berlin, 28. Okt. Der Reichsrat wählte als Beifher zum Staatsgerichtshof: Universitätsprofessor Dr. Emsend in Bonn, Staatsminister a. D. v. Seideln in München, den Präsidenten des sächsischen Oberverwaltungsgerichts von Pöhlitz in Dresden, Oberlandesgerichtspräsidenten Mandin in Stuttgart und Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. Anonin in Aachen.

Der Reichswirtschaftsrat und die neuen Steuern.

Berlin, 28. Okt. In seiner fortgesetzten Sitzung der neuen Steuerentwürfe wurden dem Reichswirtschaftsrat noch Anträge auf Freischaffung der aus dem Meere eingeschleppten Fische und auf Besteuerung von Elektrizität, Was und Wasser durch zusammenhängende Festungen mehrerer Unternehmungen nur bei der ersten Unternehmung angenommen. Ein Antrag auf Anrechnung der Umfahnezeit auf die Einkommensteuer bei einem Einkommen aus Gewerbe und Beruf von nicht mehr als 50.000 Mark wurde abgelehnt. Ein Antrag betr. Wüldigung der Vorkaufsteuer für Erzeugnisse der bildenden Kunst usw. wurde angenommen. Die Entschließung Siemens wurde ebenfalls angenommen.

Sodann berichtigte Generalsekretär Arell über das Regierungsverhältnis. Die Regierung wird einig, schließlich einen neuen Entwurf auszuarbeiten und die Wünsche des Reichswirtschaftsrats zu berücksichtigen. Das Haus schloß sich diesen Vorschlägen an. Dem vom Reichsrat Dr. Schwarz erlassenen Bericht über das Verlangen der Gewerkschaften wurde zugestimmt. Ein Antrag, wonach von dem Reichsausschuß nur ein Drittel erhoben werden soll, der Regierung als Material überwiehen. Die Gesamtbestimmung über die Vermögenssteuererleichterung wurde dann auf morgen vertagt. Ein Antrag, der die Steuerbefreiung des Weines, der Vüder und der Gemeindeförderung für gewerbliche Unternehmungen von der Umsatzsteuer ausnehmen soll, wurde abgelehnt. - Morgen: Maßnahmen gegen die Preistreiberei und die Verfaule in das Ausland.

Hallenklaffung Dr. Schiele's.

Leipzig, 28. Okt. Die „Freie Presse“ meldet, daß der vor einigen Wochen wegen Beteiligung am Rump-Putsch verhaftete Arzt und Politiker Dr. Schiele von Oberverwaltungsamt gegen Stellung einer Kaution von 100.000 Mark aus der Haft entlassen worden sei. (28. 10. 28)

Französischer Millionenkredit für Rußland.

Paris, 28. Okt. Die Kammer nahm heute vorläufig den Gesetzentwurf an, durch den ein Kredit zur Disposition für die hungernde Bevölkerung Rußlands eröffnet wird. Der Kredit soll in Höhe von 7 Millionen Franken bewährt werden, und war 1 Million in Gold und 6 Millionen in Naturallieferungen. (28. 10. 28)

Graf Westarp über „Volk in Not“.

Karlshöhe, 28. Okt. In einer deutschnationalen Volksversammlung sprach gestern Graf Westarp über die politische Lage unter dem Motto: „Volk in Not“. Ein neuer brauner Haub, so betonte er, ist an der deutschen Nation drangegangen worden. Oberstleuten bederriche auch in Süddeutschland das politische Denken jedes Reichens. Für jeden Vernünftigen ließe es sich, daß eine Zerrüttung Oberstleuten ein Wahnsinn ist. Die Oberstleuten müßten erfahren, daß wir an ihnen selbsthalten. Neuanhepolitik paßt nicht für deutsches Empfinden und Fühlen, aber unser Ziel müsse sein: über alle Parteienunterschiede hinweg dafür Sorge zu tragen, die geraubten Gebiete wieder zu erlangen. Mit dem Standpunkte der Unterwürfigkeit müßte endlich ein Ende gemacht werden. Die Deutsche Volkspartei hat sich dem deutschnationalen Standpunkt im Reichstage angelgeschlossen und es sei zu hoffen, daß sich daraus auf lange Zeit die Möglichkeit des Zusammenarbeitens der beiden Reichsparteien ergebe. Die Erfüllungspolitik Dr. Wirths sei bankrott und ein neuer unabwendbarer Zusammenbruch dieser Koalition ließe bevor. Es komme mit Sicherheit der Zahlungstermin, an dem Deutschland seine Unfähigkeit zur Zahlung eingesehen müßte. Wenn in den Tributzahlungen nicht Wandel geschaffen werde, würden wir mit Reichsrenten in österreichisch-polnische, wenn nicht in russische Verhältnisse geraten. Für dem Wiederbadener Abkommen wolle man den Reichstag umgeben. Die Deutschnationalen werden aber beantragen, daß der Reichstag abgelehnt werde, und werden das Abkommen dann ablehnen. Die Idee des Internationalismus sei zusammengebrochen. Wir sind die Ausgebeuteten. Wenn unser Volk das nicht einsehen und begreifen, daß der Deutsche zum Deutschen gehört, könne es nicht zu einem vernünftigen Entschluß kommen. Dazu gehöre auch unsere Entlassung. Die ganze Welt harre in Waffen. Deutschland habe, da die anderen Mächte in der Abrüstung nicht folgen, das Recht, zu dem zurückzukehren, was uns groß und hart gemacht hat, nämlich zur allgemeinen Wehrpflicht. Am Rhein wird es nicht anders gehen als in Oberstleuten. Deshalb müßten wir uns klar sein, daß wir vor einer Wahl stehen. Freiwillig wird Frankreich nicht aus den linksrheinischen Ländern gehen, und den anderen Mächten wird es nicht folgen. Deshalb: entweder findet Deutschland sich damit ab, daß es dauernd das linke Rheintal und den Rhein verliert, oder es sei entschlossen, sich selbst zu helfen. Emporkömmlinge könnten wir nur, wenn wir den Einfluss der marxistisch-sozialistischen Gruppe brechen. Zu erheben sei eine Koalition der bürgerlichen Mitte. - Die Ausführungen des Redners lösten oft stürmischen, minutenlangen Beifall aus.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 28. Okt. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird nunmehr am 1. und 2. Dezember in Stuttgart stattfinden. Als Redner sind u. a. vorgesehen: Dr. Stresemann, Dr. Kahl, Dr. Beder, Dr. Runkel, Kempe und v. Kardorff. Dem Parteitag geht am 30. November eine Sitzung des Zentralvorstandes voraus.

Ernährungsministerkonferenz und Kartoffelpreise.

Elbenburg, 28. Okt. In der heutigen Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und Preisentwicklung auf dem Kartoffelmarkt. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer entschied sich für die Durchführung entsprechender Maßnahmen. Mit allen Mitteln müsse eine Entlastung der Wagenstellung für die ostlichen Ueberlieferungsgebiete erreicht werden, um das Angebot zu bedecken und hierdurch die Preisbildung günstig zu beeinflussen. Insbesondere sei die Ausfuhr zu verhindern. Die Verarbeitung von Speisekartoffeln in Stärkefabriken, Trochenerien und Branntwein sei möglichst zu vermindern. Den trübten Aufkäufen solle dadurch begegnet werden, daß die Landesregierungen durch Verordnungen zu ermächtigen sind, den Verkauf von Kartoffeln von der Erlaubnis einer von der Landesregierung zu bestimmenden Behörde; im Aufkaufgebiet abhängig zu machen. Die Eisenbahn sei zu erlauben, nur solche Sendungen zu befördern, die von den Aufkäufern aufgegeben werden, die im Besitz eines Erlaubniszeichens sich befinden. (28. 10.)

Weiterhin beschäftigte sich die Konferenz der Ernährungsminister und Landwirtschaftsminister mit der Frage der Brotgetreideversorgung. Der Präsident der Reichsbrotbehörde berichtete über den Stand der Ablieferung von Umlagegetreide. Bis zum 18. Oktober war die im Gesetz bis zu diesem Zeitpunkt veranschlagte Menge an ablieferter Getreide - Gesamtmenge - erheblich überschritten. Die Ablieferung bis einschließlich 16. Oktober betrug 1.065.822 Tonnen oder 43 Prozent der gesamten Umlage. Schon dieses stattliche Ergebnis der Erfüllung führt zusammen mit der aktuellen Einfluss der Brotverfälschung bis zum Frühjahr. Die Konferenz sprach sich dahin aus, mit allem Nachdruck die weitere Einholung der Umlage zu betreiben und daß gegen schuldhaftige Umlage unmaßmäßig mit den rechtlichen Bandhaben vorgegangen werden soll.

Berlin, 28. Okt. Das Reichswirtschaftsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erklärt eine längere Erklärung über Kartoffelversorgung und Kartoffelpreise. Es wird darin gesagt, daß es jedenfalls nicht der Mangel an Ware sei, der die hohen Preise veranlaßt habe, sondern ein künstlich erzeugtes ungesundes Preistreiben. Dieser ungesunden Entwicklung gegenüber müßte der gute Wille der führenden Kreise in der Landwirtschaft in großem Umfang entgegen. Zur Frage, was geschehen müsse, um einen Preisabbau herbeizuführen, sagt die Erklärung, daß in erster Linie die Werke, Unternehmungen, Betriebsräte staatlicher Einrichtungen ihre Aufhäuser zurückrufen sollten. Ferner müsse aufklären in landwirtschaftlichen Kreisen gewirkt und auf die Gefahr hingewiesen werden, die sich aus der jetzigen Preisentwicklung über die Gesamtheit, besonders auch für die Landwirtschaft, ergebe. Gelinge es auf diese Weise, in der Verbauerschaft und bei den Erzeugern aufklären zu wirken und sich der Agrarwirtschaft in erheblichem Maße ein so dürfte damit erreicht werden, daß nicht nur eine weitere Preistreiberei unterbleibe sondern ein Preisabbau stattfinde. Am anderen Ende werde aber von der Verortnung über die Preistreiberei, die noch Geltung habe, schonungslos Gebrauch gemacht werden.

Liebesgaben der deutschen Farmer Südwestafrikas.

In den ersten Novembertagen wird, wie wir hören, mit dem Dampfer „Mund“ eine Sendung von Liebesgaben für die deutschen Kinder aus Südafrika in Hamburg eintreffen. Es ist dies die erste Sendung von Erzeugnissen der deutschen Farmer Südwestafrikas, die von der Landwirtschaftsgesellschaft in Windhuk veranstaltet worden ist. Es sind von den südafrikanischen Farmern auch bereits 300 Milchfäße als Geschenk für die deutschen Kinder zusammengebracht worden. Ihrer Ueberführung nach Deutschland stellen sich jedoch noch Schwierigkeiten entgegen.

Überlegung der Schupo aus Anklam.

Berlin, 28. Okt. Da es zwischen der Schupo und sozialistischen Bürgern in Anklam in Vommern zu Zusammenstößen gekommen war, forderte die dortige Stadtverordnetenversammlung bei Stimmenmehrheit, die durch die Stimme des sozialistischen Stadtverordnungsverwalters in die Mehrheit umgewandelt wurde, die Ausrufung der Schupo aus Anklam. Darauf haben sämtliche bürgerlichen Stadtverordneten ihre Stimme niedergelegt. Der Bürgerbund fordert die gesamte Bürgerwehr der Stadt auf, in den Gegenkampf zu treten, falls die Sozialdemokratie in den Generalstreik treten sollte.

11. Ev.-luth. Landesynode.

23. Sitzung.

Dresden, den 28. Oktober 1921.

In der heutigen Sitzung erfolgt zunächst die zweite Beratung des Kircheneigentumsurteils über die

Gründung einer Pfarrbildungsstätte.

Pfarrer Wähning, Mühlis, beantragt, dem § 6, der die Abgabe der Mehrrenten an die Pfarrbildungsstätte fordert, folgende Zusätze an die Pfarrbildungsstätte anzufügen: „... soweit nicht ein Teil des Ueberflusses mit Genehmigung des Landeskonfistoriums zur Verbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Eigenschaften verwendet wird.“

Der Präsident des Landeskonfistoriums Dr. Böhm teilt mit, dass der Antrag zweifellos beachtliche Gesichtspunkte zur Begründung enthält. Er bitte jedoch, es bei der Vorlage zu belassen, da die Abträge vom Pacht, nicht aber von den Einkünften der Stelle zu machen seien. Es genüge, wenn diese Wägen in der Ausführungsverordnung Rechnung getragen werde. — Pfarrer Lie. Wroska, Gröblich, wünscht, dass die Erträge auch für Neuanlagen verwendet werden könnten.

Der Antrag Wähning wird abgelehnt und dann die Vorlage in der Fassung der ersten Beratung angenommen.

Die Synode nimmt sodann Stellung zu dem Antrage des Finanzsausschusses über:

Die Beschaffung von Geldmitteln für die Kirchgemeinden.

Im Namen des Ausschusses beantragt Pfarrer Graefe, Arnshoff, das Kirchenregiment zu ermächtigen, in solchen Fällen, in denen die einzelnen Kirchgemeinden sich bis zum Beginn der Kirchentagern Mittel im Wege des Kredits oder auf andere Weise nicht zu beschaffen vermögen, im Wege der Einziehung des Kredits der Landeskirche Mittel zu schaffen und das Landeskonfistorium mit der Ausführung im einzelnen zu beauftragen. Der Berichterstatter betont ausdrücklich, dass die Gemeinden sich zunächst selbst bemühen müssten, und erst, wenn alle Mittel und Wege erschöpft seien, sollten sie das Recht haben, den Kredit der Landeskirche in Anspruch zu nehmen. — Nachdem Präsident Dr. Böhm erklärt hat, dass das Landeskonfistorium dem Antrage entsprechen werde, wird dieser einstimmig angenommen.

Amthauptmann Dr. Vogel u. Frommannshausen, Oberb., berichtet im Auftrag des Finanzsausschusses über das Gehalt des Kirchenvorstandes an Pächtern und vier Anstufungen, betr. Gleichstellung der Geistlichen und Kirchendiener mit den entsprechenden Gruppen der Staatsbeamten nach der neuen Befoldungsordnung und

Ueberrahme des Aufwandes für Kinder- und Lehrentschulung auf die Staatskasse.

In dem Gesuche wird gesagt, dass zur Zahlung der Kinderzuschläge der Staat verpflichtet sei, weil er allein ein Interesse daran habe, dass zahlreiche Kinder geboren und unterzogen würden. (Gehehrt.) Bei aller Anerkennung der guten Absicht des Gesuches habe der Ausschuss doch davon abgesehen müssen, dass das Reich und Staat diesen Gebührenden nicht antworten können. Daher habe der Ausschuss nur zu dem Antrage kommen können, das Gesuch auf sich beruhen zu lassen. — Die Synode beschließt demgemäß.

Die Notlage der Geistlichen und Hinterbliebenen

bildet den Gegenstand der Beschlüsse der Dresdner und der Leipziger Vereinigungen von Geistlichen i. R. und der Diakonenvereine in Glaucha. Den Bericht des Finanzsausschusses erstattet Oberkirchenrat Superintendent Thomas, Schneider. Die Not der Pensionäre und Hinterbliebenen sei der Synode wohl bekannt, und sie wolle nicht, dass den im Dienste der Landeskirche ergrauten Männern Not und Entbehrung am Abend ihres Lebens ihre Begleiter seien. Der Dienst an der Kirche sei Pflicht an unserem Volke, und der gebührende Lohn dürfe ihnen nicht vorenthalten werden. Der Redner beantragt namens des Ausschusses, das Kirchenregiment zu erlauben, unabhängig der bevorstehenden gesetzlichen Regelung und unabhängig der Auszahlung der bereits beantragten neuen Zuschläge für die Geistlichen i. R. und für die Hinterbliebenen der Geistlichen baldmöglichst auf die zu erwartenden Erhöhungen ihrer Bezüge die Gewährung eines gleichmäßigen, prozentualen Zuschusses. Möglichst in Höhe von 60 Proz., mit Rückwirkung vom 1. April 1920 bei der Staatsregierung auszuwirken.

Oberkirchenrat Superintendent Neumann, Glaucha, weist darauf hin, dass nicht nur die Notlage der Ruhestandler, sondern auch der Witwen drückend sei. Die Gehälter an den neuen Pensionen, die oft genug mit Tränen ihr trübseliges Dasein offen müssten, und mit großer Angst und Sorge dem kommenden Winter entgegenzusehen.

Geh. Konfistorialrat Knauer erklärt, dass das Kirchenregiment dem Antrage zustimmen und alles tun werde, um ihm zu entsprechen. Es habe schon lange sein Augenmerk auf die Notlage der Betroffenen gerichtet. In bezug auf die Notlage der geistlichen Berechnung die Zuschüsse schnell ausbezahlt werden könnten. Die folgenden Redner setzen sich ebenfalls mit warmen Worten für die Ruhestandler ein und betonen, dass schnelle Hilfe dringend erforderlich sei. In diesem Sinne sprechen Landgerichtsdirektor Dr. Naund. Chemnitz, Oberlehrer Dautschke, Parföhr, Bürgermeister Dr. Kühn, Bischofswerda, Pastor

Dr. Stange, Peipsin-Gehfö, Archidirektor v. Roth-Schallwitz, Bann und Superintendent Müller, Zwickau. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Damit hat die Synode die Aufgaben des letzten Tagungsabschnittes erledigt. Der Präsident des Landeskonfistoriums Dr. Böhm teilt mit, dass die Synode zwischen dem 2. und 24. November wieder zu einer kurzen Tagung zusammenberufen werden würde und erklärt sie dann namens des Kirchenregiments für vertagt.

Derliches und Sächliches.

Rücktritt des Arbeitsministers Jädel?

Die veränderte, befindet sich die Meldung des „Textilarbeiter“, des Verbandsorgans der sozialistischen Textilarbeiter, dass Arbeitsminister Jädel demnächst zurücktreten und die Leitung des Textilarbeiterverbandes am 1. Dezember 1921 wieder übernehmen wird. Für Jädel ist bekanntlich gemäß Beschluss der letzten Hauptversammlung des Textilarbeiterverbandes eine Stelle offen gelassen worden. Wie wir erfahren, hat der Rücktritt Jädels mit Politik nichts zu tun, er erfolgt aus rein familiären Gründen. — Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erzählt, wird zum Nachfolger Jädels als Arbeitsminister der unabhängige Reichstagsabgeordnete Ritter ernannt werden.

Auch Kultusminister Reichen soll sich mit Rücktrittsoptionen tragen, um für den Posten des Bürgermeisters von Freital zu kandidieren. Wie hierzu jedoch Kultusminister Reichen der Säch.-Böhm. Korrespondenz auf Anfrage mitteilt, ist ihm von bezüglichen Absichten nicht das geringste bekannt.

Bischof Dr. Schreiber über den Meißner Dom.

Veinsäker evangelische Kreise haben, wie die „Sächs. Volkszeitung“ meldet, beim Bischof Dr. Schreiber angetragen, die zur Wiedererrichtung des Meißner Domes s. h. e. Daraus hat Bischof Dr. Schreiber folgendes geantwortet: „Weder die katholische Kirche noch ich als der erste Bischof des wiedererrichteten Bistums Meissen beantragen irgend welche Abstände auf Ansuchen des Meißner Domes. Das Bistum hat den Roman Meissen erhalten, nicht weil solche Abstände bei der katholischen Kirche insofern bestanden, sondern weil der Kaufherr Teil des Bistums seit ältester Zeit auf den heutigen Tag den Titel „Bistum Meissen“ führt. Dieser Titel ist nunmehr auf andere Teile ausgedehnt worden, und zwar aus Gründen historischer Nützlichkeit. Ich persönlich habe den christlichen Willen und den festen Entschluss, mit den evangelischen Christen im besten Frieden und Einvernehmen zu leben und freue mich von Herzen, die sie leisten werden zum Wiederaufbau unseres armen deutschen Volkes, wie auch ich mit den mir anvertrauten katholischen Christen meine ganze Kraft einsetzen will zum Wohle unseres gesamten Volkes. Das sind meine Absichten, andere habe ich nicht.“

Dürfen die Stadtverordneten das Frauenwahlrecht einschränken?

Die sozialistische Mehrheit der hiesigen Stadtverordneten hat beschlossen, dass bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen für Frauen und Männer verschiedene Wahlurnen angebracht werden sollen; angeblich aus statistischen Gründen. In Weimar soll die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit die Verwendung verschiedenfarbiger Wahlzettelumhänge für Frauen und Männer mit der gleichen Begründung beschlossen haben. Beide Beschlüsse verstoßen gegen die Verfassung von Weimar.

Artikel 17 der Reichsverfassung bestimmt nämlich auch für die Gemeindeglieder der Länder, dass sie in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und gehehmer Wahl durch alle reichsdeutschen Männer und Frauen der betreffenden Gemeinde wählen dürfen. Diese Vorschrift hat also die Grundzüge, die für Frauen bereits mit der Bekanntmachung vom 28. November 1918 für die Stadtverordnetenwahlen eingehend waren, in der Reichsverfassung verankert. Daran können weder Stadtverordnete, noch Stadträte etwas ändern. Da aber hiernach das Wahlrecht für Frauen und Männer das gleiche sein muss, so müssen auch die Wahlzettelumhänge die gleiche sein. Es ist in auch jede Statistik darüber, wie die Frauen und wie die Männer gewählt haben, unzulässig, weil das Gesetz einen Unterschied zwischen dem Wahlrecht der Frauen und der Männer in keiner Hinsicht gelten lässt. Das ist kein leerer Formalismus. Vielmehr liegt diese Strenge im wohlverstandenen Interesse der Gerechtigkeit. Denn der Grundgedanke des unbedingten Wahlzettelumhanges erfordert, dass jede Wahl darüber, in welcher Weise nicht nur die einzelnen Frauen und Männer, sondern auch die Frauen und Männer gewisser Stadtteile oder der ganzen Stadt in ihrer Gesamtheit abgestimmt haben, vollständig unterbleibt, weil sie notwendig zu unzulässiger Wahlbeeinflussung führt. Dies ergibt zugleich, dass auch das Männerwahlrecht in unzulässiger Weise beschränkt werden würde.

Darum ist es Pflicht aller Wählerinnen und Wähler Groß-Dresdens, die auf dem Boden der Reichsverfassung stehen, am 13. November durch Ausübung des Wahlrechts die Parteien, die das Wahlzettelumhänge bekämpfen, in die Minderheit zu versetzen, wie dies am 16. Oktober in Groß-Berlin gelungen ist.

Geh. Justizrat Dr. Jäger.

Die Aufstellung des deutschen Binnenschiffparks.

Der höchste Vertreter bei der Schiffsaufstellung in Paris, Generaldirektor Müller, meldet über den Stand der deutschen und deutsch-böhmischen Binnenschiffe einem Bremer Blatt folgende Mitteilungen: an Elbischiffen erhält Tschechien 17000 Tonnen und 15000 PS, Schleppdampfer. Die Tschechen übernehmen den vollständigen Schiffpark der Nordost-Tampfschiffahrtsgesellschaft und der Neuen deutsch-böhmischen Elbischiffahrtsgesellschaft und einen großen Teil der deutsch-österreichischen Tampfschiffahrtsgesellschaft, außerdem aus dem Eigentum von Einzelpersonen drei Schleppdampfer und 41 Frachtschiffe. Für die ganze Elbtunnage zusammen erhält Deutschland 825000 Goldmark auf Wiedergutmachungskonto angerechnet. Von Donauschiffraum erhält Tschechien 70000 Tonnen Kahnraum und 400 PS, Schlepper. Dieser Schiffraum umfasst die Gesamttonnage der Tschechischen Schiffahrtsgesellschaft einen Teil des Schiffparks der Donau-Tampfschiffahrtsgesellschaft und einen Teil des Parks der Ungarischen Schiffahrtsgesellschaft. Deutschland erhält auf seinen Anteil 4 Millionen Schweizer Franken. Die tschechische Regierung plant nun die Gründung von Anstaltsverkehrs-Gesellschaften für Elbe und Donau, an denen sich der Staat durch Einbringung des Schiffparks, Privatunternehmern dagegen durch Einzahlung des Betriebskapitals beteiligen werden. Die Aufstellung des Oder-Schiffparks hat sich noch der Entscheidung, da sie von der Lösung der oberirdischen Frage abhängt.

Seinen 70. Geburtstag begeht heute, am 29. d. M., Herr Kommerzienrat Max G. in aller Ruhe. Der Verlust seiner Lebensgefährtin gebotenen Stille. Der Jubilar hat sich auf gemeinnützigem Gebiete oft betätigt und besonders während des Krieges das Wohl der Stadt Dresden gefördert. Mit Dankbarkeit denkt er der Technischen Hochschule, die ihm seine Vorbildung gab. Nach beendeten Studium begründete er in sehr jungen Jahren seine Firma, die er inzwischen zu hoher Blüte gebracht hat.

Erhöhung der Gebühren für Stellenvermittlung. Die in der Reichsbeschlusse vom 11. Februar 1921 nach § 5 des Reichsgesetzes vom 2. Juni 1910 festgesetzten Gebühren für Stellenvermittlung in Dresden werden um 50 Prozent erhöht. Die Erhöhung tritt sofort in Kraft.

Die Einwohnerzahl von Dresden mit Albertstadt betrug nach dem Vorkriegszensusergebnis am 1. September dieses Jahres 600 100.

Das Ende der Tarifbewegung in der Dresdner Gemischtindustrie. Die Lohnstreikaktionen in der Dresdner Gemischtindustrie haben gestern, Freitag, vorläufig ihr Ende gefunden. Der am 22. Oktober abgeschlossene Schiedsspruch, der die Bezüge der Arbeitnehmer etwa 10 Prozent über diejenigen des Großhandels festsetzte, ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden.

Nationalverband Deutscher Offiziere. Die Ortsgruppe Dresden hielt kürzlich unter Leitung ihres Vorsitzenden Exzellenz v. Massow eine Mittglieberversammlung ab. Dieser betonte nach Begrüßung der Anwesenden, dass es sich die Landesgruppe zur Aufgabe gestellt habe, mit den ihr verwandten nationalen Vereinigungen, in erster Linie mit dem D. V. N., zusammenzuarbeiten. Er verwies ferner auf die Vorträge der Weimarer-Hochschule, des Sächsischen Verbandes und der Vereinigung Freunde Deutscher Kunst. An erster Stelle der Tagesordnung stand das Winterprogramm. Für die monatlichen Zusammenkünfte wurde der erste Freitag im Monat abends 8 Uhr in Anlehnung an den 4. November, 7 Uhr abends: „Verhalten bei Ehrenhöflichkeit“, Oberst Fröhling; 8 Uhr: „Die Abt. Sächs. 19. Infanterie-Division im Herbst 1918 in Serbien“, Exzellenz v. Köhler. — Beschlossen wurde, an diesen Abenden Vorträge aus allen Gebieten (auch für Damen) halten zu lassen und hierzu u. a. Generalmajor Graf v. Waldberg, Graf Radner, Dr. Wildgrube, Major Graf v. Jena zu bitten. Nach diesen Vorträgen findet gefälliges Beisammensein statt. Aus einer Mitteilung des Vorsitzenden war zu entnehmen, dass Oberstleutnant a. D. Büchel, Mitglied des Landesverbandes, in seinem neuen Beruf als Waffenschreiber tödlich verunglückt ist. Die Beerdigung erfolgt in Ehren des Verstorbenen. Sodann fand die Wahl des Ehrenrates und Ehrenhofes statt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Die öffentliche Reformationsfeier, die der Evangelische Bund zusammen mit den Evangelischen Arbeitervereinen veranstaltet, findet heute, 29. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinshaus, Zingendorferstraße, statt. Oberkonfistorialrat Dr. Böhm spricht über die Kirche des Kreuzes. Schriftsteller Alfred Röhl registriert, Karl Thea Werle, begleitet von Bianca Röhl, wird wieder singen und der Kirchenchor von St. Pauli unter Kantor Labofsky Chorale annehmen. Vorbehaltenen Plätze in Rammanns Buchhandlung, Wollstraße.

Halbtagliche Sächsisch-Böhmische Dampfeschiffahrtsgesellschaft ihren Betrieb auf der Strecke Reitzmeritz-Schandaun am Montag den 7. November d. J. abends und auf der Strecke Schandaun-Mühlberg am Montag den 14. November d. J. abends einzustellen, sofern nicht ein weiteres Sinken des Wasserstandes oder andere Umstände eine noch frühere Einstellung bedingen.

Kunst und Wissenschaft.

Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Hedwig“ (58); Schauspielhaus: „Arnold“ (7); Reuzthier Schauspielhaus: „Möbius“ (7); Residenz-Theater: „Mascottchen“ (7); Central-Theater: „Die spanische Nachtigall“ (7).

Müllers-Theater. Das Verbot vom Carl-Theater Wien wurde für das Müllers-Theater verhängt und wird erstmalig als Singspiel in der „Eigenschaft“ aufgeführt. Weiterhin sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Jürgens und Margus sowie die Herren: Kori, Lutz, Müller-Martin, Langer, Pöschel und Janda.

Nordisches Konzert. Nächsten Dienstag (1. November) findet im Vereinshaus ein großes Konzert mit dem gesamten Philharmonischen Orchester statt. Dirigent ist Fritz Reiner, die Solisten des Abends Elsa Radin-Debergh, Sopran-Arie aus der Reformationskantate. 4. Seb. Bach: „Wir danken dir, Gott“, Chor mit Orchester aus der Mattheus-Kantate. Mitwirkende: Fritz Reiner, Sopran und Arno Schneider. Solisten: Maria Weide (Sopran) und Arno Schneider (Bass). Orchester: Bernh. Pannitsch. Dirigent: Mitwirkende: Choralverein, Musikerverband, Orchesterensemble. Leitung: Otto Richter.

Konzertleistungen. Heute um 8 Uhr: Im Künstlerhaus Wiederabend Stänker; in der Kaufmannschaft Wiederabend Charl. Feindlich.

Sonnabendkonzert in der Kreuzkirche, nachmittags 6 Uhr. 1. Seb. Bach: Toccata für Orgel in C-Dur. 2. Seb. Bach: „Es erhohe sich ein Streit“, Kantate für Chor, Solokörnern, Orchester und Orgel. 3. Seb. Bach: „Komm in mein Zionshaus“, Sopran-Arie aus der Reformationskantate. 4. Seb. Bach: „Wir danken dir, Gott“, Chor mit Orchester aus der Mattheus-Kantate. Mitwirkende: Fritz Reiner (Sopran) und Arno Schneider (Bass). Orchester: Bernh. Pannitsch. Dirigent: Mitwirkende: Choralverein, Musikerverband, Orchesterensemble. Leitung: Otto Richter.

Die Dresdener Musik-Schule hat Herrn Studentin Dr. Kurt Gerlach als Dozent für Methodik und Vokalwerk angenommen.

Rektoratsübergabe an der Peipsiner Universität. Am kommenden Montag vormittag findet in der Aula der Universität Peipsin die feierliche Übergabe des Rektorats durch den bisherigen Rektor Geh. Hofrat Prof. Dr. Richard Schmidt an den neuen Rektor Geh. Hofrat Professor Dr. Klaffenböhm statt. Dr. Richard Schmidt hat die Leitung der Universität Peipsin von 1914 bis zum 1. Oktober 1921 übernommen. Er wird die Leitung der Universität Peipsin bis zum 1. Oktober 1922 übernehmen.

Was sollte Jesus? Diese tiefe Frage sucht Dr. Carl Wolff in drei Vorträgen zu beantworten, deren erster am Mittwoch im Künstlerhaus gehalten worden ist. Ein Urteil über den Versuch, abseits der kirchlichen Lehren zum Kern der Jesuslehre voranzudringen, wird man sich bis auf den Schluss der Gedankengänge Dr. Wolff vorbehalten müssen. Im folgenden sei nur in Kürze das Wesentliche seiner ersten Ausführungen festgehalten. Vom Mensch zu Jesus und von den Worten Jesu nach der Redner für alle seine Betrachtungen aus. In die Stellung Jesu zu den Täufern knüpft er an. Jesus ist der Erbe, der die Natur des Kindes als Vorbildlich für den Erwachsenen hinstellt; er fordert, dass wir umkehren und „werden wie die Kindlein“. Schauen, nicht urteilen! In Weisen und Wägen der Kindheit. Nicht Wissen von Gott, sondern Schauen und Erleben Gottes verlangt Jesus: keine Theologie, sondern Hingabe. Das Kind kennt nicht die Sorge, die unsere Seele verzehrt. Den Kampf gegen die Arbeit, wohl aber gegen die Ueberbürdung der Arbeit. Schärfer Gegenstand zum modernen Leben hat sich hier auf. So wichtig und unentbehrlich uns die Arbeit ist, dennoch müssen wir danach trachten, ihrer Ironie zu entgehen. Das Heil der Welt hängt ab von der Befreiung aus den Sklavenspannen der Abstraktion. „Amor“ zum Kinde ist nicht ein Verhältnis zu Gott wie das des Kindes zum Vater; es Vertrauen und Geborgenheit. Die „Gottesfindung“ nicht im Sinne der verfallenden liberalen Theologie, sondern als ein seelisches Wagnis, als ein bedingungsloses Hineinbringen in den Abgrund der Gottheit, das ist not. Eine heroische Krönung, nicht eine sichernde, bedürftige geht dazu. Auch das ein Gegenstand der modernen Welt, die stets nach dem Lohne fragt. „Metanoia“ moderner Welt, die stets nach dem Lohne fragt. „Metanoia“ moderner Welt, die stets nach dem Lohne fragt. „Metanoia“ moderner Welt, die stets nach dem Lohne fragt.

fordert mit seinem Gebot der Nächstenliebe selbst mit der Vereinfachung der Seele zur Liebe. Denn Liebe und Glaube lassen sich nicht befehlen und erzwängen. Mit dem Liebesbrot des Genies in die Welt zusammenhängen hat Jesus erkannt, dass Liebe Gnade ist, das wenige „ausreicht“ und, dass jeder nach dem Geiste, wonach er angezogen, die geistige Form entwickeln muss. Keiner weiß, ob er zu den Ausgerollten gehört, aber jeder muss die Hoffnung darauf nähren, um zu werden, was er ist. Auch die Kraft, hoffen zu können, ist Gnade. So sind Glaube, Liebe, Hoffnung Gaben der lieblich unverdorbenen inneren Gerechtigkeit der Seele. 1. 7.

Peter Behrens über Architekturprobleme. Professor Peter Behrens sprach am Montag den 27. Oktober im Künstlerhaus über die werdende Kraft der Architektur. Der Vortrag war außerordentlich eingehend; der Bahnbrecher einer architektonischen Erneuerung zum architektonischen Problem, der Architektur Behrens sprach. Was er in Schrift und Bauplan neben anderen wieder und wieder dargestellt hat, dass die Form des Hauses vom verändernden Stoff und von der ästhetischen Bestimmung des Hauses gebildet werden müsse, machte den Grundton der Ausführungen aus. Eine denkmalartige Tatsache, dass es gerade das volle Mittelalter die deutsche Architektur war, was diesen Mann einmal die Kunst hat finden lassen. Von diesem Standpunkt aus sieht Behrens nun auch die neuen Probleme: den Wollentwurf, die Lichtreflexion, und das machte seinen Vortrag so fesselnd. Er kreifte zunächst knapphin die Probleme in ihrer Vielgestalt; die Sinne erkennen und gerade insofern Werkkraft entstehen, ist die Aufgabe des Reflektierens. Ganz unbefriedigt ist noch die Zeitungsansicht, mit dem harten, klappernden Gehörheitsdeutsch, selbst ein Kennnis für Gelehrte, kann mit einer Spur von Humor. Peter Behrens aus dem zur Geschichte über, wie sie sich bildeten, in Bau und Darstellend, niederzuschlagen hat, alsdann als ein Mächtig des Worts, wissend, einzelner und vieler, in toten Stoff hinein, aus dem er nun noch mit einer hobelvolleren Gedärbe hervorbricht. Er war der neue Plan von Paris, den Napoleon III. mit Hausmann ausarbeitete, mit den breiten, entzückenden Straßenzugängen, gemeint; es galt eine Emanation der Massen. Schnöder Eindringlichkeit spricht in der Idee des architektonischen Warenhauses, folgerecht also in ihrer Aus-

11. 311 Sonnabend, 29. Oktober 1921

Seite 3

Ein Zwischenfall bei der vaterländischen Kundgebung für Oberschlesien.

Am Versammlungstisch sprecht uns: Frau Dr. Margarete Stegemann sagt sich in einem längeren Aufsatze in der „Dresdner Volkszeitung“ über einen Vorfall anlässlich der vaterländischen Kundgebung für Oberschlesien im Vereinshaus an vorigen Sonntag aus. Die patriotische Ausschreibung hat eingeleitet Ihr zu bezeugen, ist nötig. Eine Anhebung eines Teiles des Vorfalls sei deshalb hier wiederzugeben: Die im Vereinshaus versammelten Frauen und Männer, vaterländisch ergriffen und von ihrer Trauer über den drohenden Verlust Oberschlesiens erfüllt, erwarteten in höchster Spannung die Ansprache über das Unfassbare, das uns erneut von den Feinden angetan wird. Es gab wohl niemanden in diesen Minuten, der etwas anderes dachte als „Vaterland“, etwas anderes schloß als „mein armes Volk“. In diesem Augenblick wagt es ein Mann, ein kommunistisches Heublatz in dem hochgeschätzten Saale zu verteilen, erdreistet sich, die weihenolle Stimmung der Versammlung durch das Anpreisen vaterlandsfeindlicher Reden zu tönen. Empörung und Erregung macht sich im Saale mit Recht bemerkbar und die Gefahr unliebsamer Entladung der gerechten Stimmung entsteht. Ein Herr vom Musikklub übersteht die Sachlage und greift entschlossen ein, indem er den Störenfried zum Verlassen des Saales auffordert. Da er bemerkt, daß einige Teilnehmer in Unkenntnis von der Art des Blattes — so nimmt der betreffende Herr wenigstens an — auf den Kauf des Blattes hingewiesen sind und ihm mitgeteilt wird, daß hinsichtlich allgemeiner Empörung herrsche, fordert er zur Herstellung des Schandblattes auf. Er konnte nicht annehmen, und ahnte tatsächlich nicht, daß er durch diese Forderung einen Menschen in seinen heiligsten Gefühlen verletzen würde. Auch glaubte er nicht, daß jemand in dieser Versammlung in diesem Augenblick Wert darauf legen könnte, sich seine Stimmung durch die Verteilung eines kommunistischen Blattes verderben zu lassen. Er wollte nur das bestehende Vergnügen befeitigen und Schlimmeres vorbeugen. Frau Dr. Stegemann, die nach ihren eigenen Worten „ganz erfüllt von dem Zwecke der Veranstaltung“ gewesen ist, trägt der herrschenden Stimmung nicht Rechnung und weigert sich trotz Drohungen mehrerer Teilnehmer der Aufforderung Folge zu leisten. Der Rest des kommunistischen Blattes und der Wunsch, ihr Wissen aus dessen Verteilung zu bezeichnen, ist ihr somit wertvoller als das ihr zugemutete Opfer. „Ihrer ganz vom Zwecke der Veranstaltung erfüllten Stimmung“ in allen richtiger Form Rechnung zu tragen. Ueber den Geschehnis läßt sich nicht streiten. Wenn sie aber sagt, daß das, was sie erlebte, in unerhörten Gegenfall zu jedem kultivierten Empfinden käme, so sei ihr erwidert, daß ihr Gesinnung unsere Kulturwissenschaften ebenfalls nicht entspricht und daß ihr Wunsch an richtigem Empfinden das Weitere anbelangt hat. Wir würden wissen, was in einer sozialistischen Zusammenkunft, sagen wir um den Tod Westfuchts und der Frau Vurenburg geschehen würde, wolle sich jemand herausnehmen, ein hart rechts gerichtetes Blatt zu verteilen, und Teilnehmer der Trauerversammlung es entgegen dem Willen der Versammlung lesen wollten. Wir glauben, daß die Behandlung, die die Betreffenden erfahren müßten, eine unanständige wäre, als die der Frau Dr. Stegemann zuteil wurde. Das Hand an sie gelegt wurde, ist zu beklagen, aber darauf zurückzuführen, daß ihr Kulturempfinden sie nicht veranlaßt, das Blatt wegzunehmen. Auch als politische gefühlte Stadträtin hätte sie anders handeln sollen. Sie wußte, daß die national denkenden Kreise in den letzten Wochen auf schwerste Verweigerung worden waren und jeder Anzeichen einer Provokation die deshalb herrschende Erbitterung auslösen mußte. Die Klagen über das Verhalten der Polizei sind völlig unbegründet. Die Beamten haben richtig gehandelt, wenn sie die Urheberin der begreifenden Erregung zum Verlassen des Saales aufforderten. Selbst wenn die Frau Stadträtin Dr. Stegemann noch schuldlos gewesen wäre, als es der Fall ist, hätte die Polizei nicht anders handeln können. Wenn ein Beamter sein Benehmen später damit entschuldigt, daß er in Frau Dr. Stegemann zu spät die Frau Stadträtin erkannte, so läßt die Brand darin zu suchen sein, daß er irrtümlicherweise den Stadträtinnenlebern die parlamentarische Angelegenheit nicht anerkennen zu müssen geahnt hat. Es erscheint geradezu lächerlich diese an sich so ernsthaftige und bedeutungsvolle Sache zu einer Haupt- und Staatsaktion umzuempfehlen.

Bezirksrat Desden-Altstadt.

Ein Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt fand am Freitag unter Vorsitz des Arbeitsekretärs Böckel statt. Nachdem das Rechnungsverhältnis des Bezirkes für die Jahre 1920/21 mit Ausnahme der noch nicht fertig geprüften Arienwirtschaftsrechnung für die Jahre 1920/21 von der Versammlung richtiggeprüft worden war, machte der Amtshauptmann Dr. Schultze einzelne Mitteilungen. Von der Kreisverwaltung ist ein Schreiben vor, das den Bezirksverwaltungen eine umfängliche Revision anordnet. Aus diesem Schreiben müßten ersichtlich sein, daß die Bezirksverwaltungen keine ungenügende Höhe erkennen. Der Amtshauptmann konnte feststellen, daß dieser Maßgabe im Bezirk schon bisher tunlich entsprochen worden ist. Die Bezirksverwaltung hat einen Hauptamtlichen angeordnet, der die Ermäßigung ihrer Kosten durch Verabreichung des Personals und Verbesserung ihrer landwirtschaftlichen Verhältnisse in eigener Regie ist im Gange. Die Auseinandersetzung mit Dresden wegen der ausstehenden 15 Gemeinden, hängt auf Schwierigkeiten; die finanzielle Sicherung der Bezirke durch das Aufkommen Dresdens für die Anteile der abgetrennten Gemeinden an den Bezirksumlagen erscheint aber auch fernzahn gewährleistet. Der Bezirksrat hatte es nun mit der

Erneuerung des Haushaltes

zu tun. Der Gesamtertrag der allgemeinen Bezirksverwaltung war ursprünglich auf 1750 000 Mark geschätzt worden, einschließlich 1 200 000 Mark für die Erwerbslosenfürsorge. 900 000 Mark waren zunächst ohne Deckung geblieben. Inzwischen ist durch die Erhöhung verschiedener Umlagen ein Mehrbedarf von 148 527,50 Mark zu dementsprechend. Der nicht eine nennenswerte Verminderung der Erwerbslosenfürsorge gegenüber, die den ursprünglich ungedeckten Bedarf auf 450 000 Mark ermäßigt. Wegen der Verhältnisse des Bezirkes für die Sozialrentner der Gemeinden und wegen seiner Erwerbslosenfürsorge macht sich eine Trennung der erforderlichen Bezirksumlagen zur Vereinfachung des Bestandes nötig. Die Bezirksumlage wird allgemein, d. h. einschließlich der nach Dresden ausstehenden Gemeinden, für die Dresden zählt, um 2 Prozent erhöht, für die Gemeinden, ausschließlich der neuen Dresdner Gemeinden, um 4 Prozent, denn allein jene sind an den Beihilfen und an der Erwerbslosenfürsorge beteiligt. Die Anrechnung von Stadtrat Scheidter, Architekt, den Gemeinden diese Erhöhung erst ab 1. April 1922 ansetzen, ist aber einzuweisen durch eine kurzfristige Anleihe zu decken, die eine längere Ausdehnung hervor. Der Anleihe hat sich die Verwaltung der Erhebung für bedürftige Gemeinden zur Verbesserung etwaiger Schwierigkeiten anstrengen würde. Der Bezirksrat stimmte auf diese Anleihe an, bin dem Gesamtertrag für den Haushaltes voranschlag zu. Bezüglich der Sozialrentnerleistungen wurde vorläufig beschlossen, daß der Ertrag freier ausbleiben soll, soweit er von Beiträgen im Bereiche dieser Stadt aufkommt; im übrigen gebe er an den Wohlfahrtsrat der Amtshauptmannschaft. Der Gesamtertrag des Bezirksverbandes an der Landesleistungskasse des Reichs ist von 21 000 Mark auf 40 000 Mark

Zu längeren Erörterungen gab dann die Anleiheanleihe mit dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Pirna Anleihe, die wegen der Vereinfachung von Erhebung mit Niederfestigkeit ist. Es wird dabei eine Veränderung der Bezirksverhältnisse von Dresden und Pirna notwendig, und die Entscheidungsumme, die Dresden-Altkreis für die Vergrößerung seines Reizes zahlen soll, bildet den Streitpunkt. Pirna fordert eine einmalige Entschädigung von 750 000 Mk. und die Hebernahme seiner Kriegsschulden auf Dresden. Da die Amtshauptmannschaft Dresden-Altkreis in einem gleichartigen Streitverfahren mit der Stadt Dresden, nur mit veränderten Rollen, begriffen ist, so muß sie die endgültige Entscheidung über die Sache hinausschieben, während der Ausgang der Auseinandersetzung mit Dresden als Maßstab für das Verfahren mit Pirna zu verwenden und will einmündlich die geforderte Summe von 750 000 Mark verweigern. Pirna erkennt dies nicht an und begehrt sofort direkte Verhandlungen. Stadtrat Scheidner gab bei dieser Lage der Dinge zu bedenken, ob die Pirnaer Geldforderung nicht überhaupt viel zu hoch gegriffen sei, und verlangte, die ganze Angelegenheit solle dem Bezirksauschuss zur Behandlung zurückgegeben werden. Der Bezirksrat trat dieser Anregung gegen eine Stimme (Thomas Woll) bei.

Die Vergütungssteuerordnung wurde im ganzen ohne Änderung angenommen. Die Vorlage der Amtshauptmannschaft, daß der Vertrag mit dem Zentralarbeitsnachweis zwecks Erlangung einer Entscheidung des Reichs darin geändert, die Wirksamkeit dieser Kündigung aber bis 31. Dezember 1922 hinausgeschoben werden solle, wofür dem Bezirk bis zum 31. Dezember 1921 eine Vertretung im Arbeitsnachweis zugeordnet wird, fand Annahme.

Nach Schluß der Tagesordnung richtete der Unabhängige Gruppe noch scharfe Angriffe auf die Gemeindevorsteher Martin von Hintergerdorff, Völkner von Hintergerdorff und Beyer von Dülsewitz, denen er schwere persönliche Verleumdungen vorwarf. Unter Bezugnahme auf Gerichtsurteile in Sachen der Beschuldigten gegen Martin und Beyer bzw. auf die Einmündlichkeit der Wahl des Gemeindevorstandes Völkner durch den Gemeinderat konnte der Amtshauptmann die Angriffe, soweit sie der Amtshauptmannschaft Pflichtverhältnis unterstellten, völlig entkräften. Mit dem Dank an die Mitglieder des Bezirksrates für ihre in der bisherigen Amtsperiode geleistete Arbeit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bermischtes.

„Krieger- und Völkers- Ehrung in Dessau.“ Am 30. Oktober wird auf dem Ehrenfriedhof in Dessau ein von Professor Abtammiller-Darmstadt geschaffenes Denkmal enthüllt werden, das als Gedenkmal für die im Weltkrieg gefallenen Kriegerangehörigen aus der Stadt Dessau errichtet ist und gleichzeitig eine Ehrung des vom Vorkriegsbesitzer besitzenden Amtshauptmanns Voelcke darstellt. Das Denkmal ist insofern von besonderer Bedeutung, als es den würdevollen Schlußstein des schon bei Beginn des Krieges angelegten Soldatenfriedhofs bildet. Es dürfte allgemein Anerkennung finden, daß die Stadt Dessau sich trotz der Not der Zeit nicht beirren ließ, die als Zeichen des Dankes für die Opfer des Krieges geplante großzügige Anlage zur Durchführung zu bringen.

Die deutsche Oberseeische Dampfschiffahrt. Am Donnerstag nachmittag hat von der Hamburg-Amerikanische zurückgekauft Dampfer „Dania“ nach erfolgreichem Umbau seine erste Reise von Hamburg nach New York angetreten. Es handelt sich um den früheren Schnell-Dampfer „Deutschland“, der bereits einmal vor dem Krieges umgebaut worden ist und nach seinem ersten Umbau den Namen „Victoria Louise“ führte.

Oral Anders „Nobe“ kein Nilmschiff. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, ist die kürzlich gebrachte Nachricht nicht zutreffend, daß der Seelender „Nobe“ der Marine in Weimar aus der Marine ausscheidet, um im Atlantik zu verkehren zu finden. Der Seelender bleibt der Marine erhalten und wird im Frühjahr zur Ausreifung des seemannischen Marinenaufwuchses wieder in Dienst gestellt. Für die Wintermonate wird er für wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt.

Amerikanischer Hilfsausflug für deutsche Kinder. Zur Überbrückung der Not darben der Kinder in Deutschland und Österreich ist in Rom ein Hilfsausflug gebildet worden, um 3 Millionen Dollar anzuhängen.

Größere in einer Munitionsfabrik. Am Freitag früh 5½ Uhr brach in der Munitionsfabrik Karlowitz in Breslau Feuer aus. Das Granatenlager geriet in Brand und explodierte. Die Explosionen dauern fort.

Starke Räte in einzelnen Staaten Frankreichs. namentlich in Mittelfrankreich, bereits eingetreten.

Handarbeiten in Italien. In einem Dünaberg-Bezirk hat ein junger mobilistischer Veteran eine Handarbeit gewirkt, durch die das Haus in Trümmer gelegt wurde. Vier Personen wurden getötet und zwei schwer verletzt.

Ein Schnellzug abgefahren. Infolge Hochwassers ist in der süditalienischen Provinz Calabria die Brücke über den Amatoflus, die 120 Meter lang ist, eingestürzt, als der Schnellzug Palermo-Nom darüberfuhr. Lokomotive, Gepäck- und Personwagen stürzten in den Fluß. Von dem Personal des in den Fluß gestürzten Zuges konnte sich nur der Lokführer retten. In dem Zuge befand sich auch der Postminister.

Eisenbahnunglück in der Ukraine. Der „Berliner Tageblatt“ wird aus Odessa telegraphisch: Die russischen Zeitungen veröffentlichen Meldungen über ein großes Eisenbahnunglück in der Ukraine. Die dortigen Anführer brachten einen hochgewerteten Panzerzug zur Entleistung, wobei 20 Personen getötet und 200 verletzt wurden. Die Anführer erschossen 15 hochgewertete Führer, die sich in dem Zuge befanden.

Schiffbruch. Der spanische Dampfer „Torre del Oro“ hat zwischen Gulela und Glandover Schiffbruch erlitten. Von 24 Mann der Besatzung konnten sich nur zwei retten.

Durch einen schweren Gewittersturm ist in Florida ein Schaden von mehreren Millionen Dollar angerichtet worden. Viele Personen sind umgekommen.

Leben auf dem Mond? Der bekannte Astronom der Dargest. Sternwarte, Prof. W. S. Vickerins, veröffentlicht in „Popular Astronomy“ einen Artikel, der die Erachtungen seiner vom August 1920 bis Februar 1921 gemachten Beobachtungen wiedergibt. Er befaßt sich darin die bisher allgemein angenommene Ansicht, daß auf dem Mond alles Leben erloschen sei. Von einem seiner Krater, wie sie die Oberfläche des Mondes in großer Anzahl bedecken, hat Vickerins viele Photographien angefertigt, und ist auf Grund dieser Aufnahmen der Überzeugung, daß sich auf dem Mond Pflanzen mit Pflanzenwuchs befinden. Die Vegetation wächst nach der Ansicht des Astronomen an jedem Wundloch, der in vierzehnmal so lang als unser Tag ist, mit unendlicher Schnelligkeit auf. In den Kratern wach es, nach Vickerins, Wasser und hindurchgehende Hitze geben; er will auch aufsteigenden Rauch beobachtet haben. Vickerins Erklärung acht dahin, daß die Sonnenstrahlen, wenn der Mond aus seiner Periode der Dunkelheit austritt, seine Oberfläche so stark erwärmen, daß in den Kratern das Pflanzenleben phantastisch aufwacht. Dadurch sollen die wesentlichen Beobachtungen auf der Oberfläche des Mondes erklärt werden, die den am Mars gemachten gleichen. Freund eine Erscheinung mineralischer oder organischer Natur könne die Ursache nicht sein. Vickerins wendet die Platten auch gegen, daß auf dem Mond Wasser und Sauerstoff, sowie vulkanische Ausbrüche häufig sind. Jedenfalls sei kein Zweifel, daß auf beiden Planeten Leben vorhanden sei, und daß wir also am sichersten vor unseren Tieren eine lebendige Welt anzunehmen hätten, deren Bedingungen in mancher Beziehung denen auf dem Mars gleichen, wenn sie auch außerordentlich verschieden von denen auf unserem eigenen Planeten seien.

Turnen — Sport.

Rennen zu Dresden.

Die letzten Rennen des Dresdener Rennvereins am kommenden Montag (Reformationsfest) verlaufen nach den bis jetzt vorliegenden Verfügungen der Saale sehr ansehnlich folgende Pferde für Dresden bestimmt, und zwar von Trainer Nash: Oberfeld, Vachauer, Trainer Alb. Schläffe: Parze, Miggant, Trainer Spedeman (Gauptigkeit Gradig); Salamants, Herzogin, Wolfram III, Abenteurer, Trainer Althof: Garbas, Hirtin, Leonidas, Trainer M. Streit: Hölz, General, Facka, Trainer R. A. Bang: Harmonie, Vebudorf, Falter, Blader, Trainer G. Long: Parzial, Wolfenstieber, Ringau, Trainer E. G. Pflaumer: Chapatkin, Feloma, Marc Aurel, Trainer W. Blume: Silba, Trainer J. Gathe (Stall Oppenheim); Countess Valatine, Sommerflor, Massin, Trainer F. Tröllen: Irish Don, Trainer M. Garing; Meerpol, Trainer H. Hinz; Heberich, Trainer W. Pläskke; Puchkin, Rondeau, Trainer Arth. Schläffe; Civilist, Feuerbach, Trainer M. Scholz; Mentlo, Trainer W. Reithöfel; Döberich, Aemone, Jo, Irigonen, Trainer W. Sammer; Tigrid, Trainer A. Bläcker; Woda, Joggul, Trainer Blöckant; Penston, Trainer R. G. Denrich; Leonie, Trainer R. Kalf; Marka, Winna, Moraldo, Danaria, Trainer A. Becker; Maravirag, Frühmorgen, Erwochen, Tera, Trainer W. Mills; Saint Juan, Queen Henrietta, Trainer C. Chovmann; Mobil, Jraela, Konrad.

Vorwahlen für Oranienwald am 28. Oktober.
1. Rennen: Wüsterhand, Carana. 2. Rennen: Salsendau, Stabern. 3. Rennen: Kahlacht, Romberg. 4. Rennen: Kalsberg, Trompeter II. 5. Rennen: Nabels, Laßfeld. 6. Rennen: Dersow II. 7. Rennen: Veltin, Heilshof.

Radspori.
R. H. Zagonis. Morgen, Sonntag, ist die Verein seine diesjährigen Wettbewerbe mit einem 25-Kilometer-Vergaberennen Vossbaude-Weihen und zurück ab. Das 18 Mann starke Feld dürfte sich scharfe Kämpfe liefern und werden die beiden Rivalen K. Schmidt und A. Gempnich höchst farblich kämpfen, wenn sie die etwas reichlich bemessenen Vergaben aufholen wollen. Start 10 Uhr; Treffpunkt: 9 Uhr Ostplatz Brlesnk.

Radsport.
Zweizehnervereinigung Viga und Dresdner Sportverein 06 Viga treffen sich kommenden Sonntag 3 Uhr im Sportverein Viga zu einem Freundschaftsspiel, und darf man gespannt sein, wie ein beide Gegner bei ihrer letzten Spielstätte schlagen werden. Spielvereinigung wird alles versuchen, um die letzte erlittene Niederlage wieder wettzumachen.

Dresdner Sportklub Vignamantisch fährt morgen, Sonntag, nach Reichensberg in Bohmen, um gegen den inoffiziellen Rechenberger Sportklub anzutreten. Am Reformationsfest wird die Viga ein Freundschaftsspiel in Vitzau gegen den dortigen Fußballklub. Im Sportklub Ost-Oranienwald am 28. Oktober nachmittags 3 Uhr tritt die Reformationsfest der Vignamantisch von R. H. Zagonis im folgenden Freundschaftsspiel gegenüber. Die 1. Bodenmannschaft hat am gleichen Tage die bestbekannte „Kriminal“ Vitzau zu Gaste. Beide Mannschaften in hübscher Ausstattung, werden sich einen spannenden Kampf liefern. Das nichtersprechende Spiel findet am dem Hodefelde im Sportklub Ost-Oranienwald statt. Beginn 1½ Uhr.

Verbandspreise der Anabermannschaften am Sonnabend, im Stadion: Brandenburg 1. gegen Ming 1. (1 Uhr); Potsdamer-Torke: Guts-Muns 1. gegen E. S. 1. (1); Ostholsteintrabe: Sportklub 1. gegen Spielvereinigung 1. (1); Sportklub 1. gegen E. S. 1. (1); Volkswilg, Donaustrabe: Sportverein 06 1. gegen E. S. 1. (1); Rennstrabe: Dresdenia 1. gegen Guts-Muns 1. (1); Dresdenia 2. gegen Spielvereinigung 1. (1); Ratzendahn Feld: Sportklub 1. gegen Hohenfurt 1. (1); Obere Bernhardttrabe: Schwelt 1. gegen Hohenfurt 1. (1); Drehten: Drehten 1. gegen Fortuna 1. (1).

Bogen.

Hans Breitenbräuer in Dresden.
Diese Kunde hatte sich höchst glücklich gefügt, am Freitag abend den großen Saal im Ausstellungssaal trotz der hohen Eintrittspreise zu füllen. Der Bogenhieb hat in letzter Zeit in Deutschland eine ungeheure Ausdehnung erfahren, und wenn Hans Breitenbräuer, der berühmteste aller deutschen Bogen, im Saal spielen lassen will, darf sich nicht sein Bestes geben. In der Halle spielen, der Bogenhieb, der schon in aller Welt bekannt ist, ist mit seinen knapp 55 Jahren noch eine bemerkenswerte Erscheinung. Er hat schon ein ereignisreiches Leben hinter sich: als Schiffsjunge 1918 nach Australien gekommen, wurde er dort Kommandant und erlernte das Bogenschießen. Auf der Rückkehr nach Deutschland während des Krieges wurde er von den Engländern gefangen und zusammen mit anderen Bogenschützen, wie Siegrist und Frenzel, auf der Insel Man interniert gehalten. Als er am Freitag in der Arena er schien, wollte das Publikum kein Ende nehmen. Er hatte einen bedeutenden Gegner, Bruno Schmitt II, der „Ander“, der gleich Breitenbräuer das holländische Gewicht von 160 Pfund aufweist, folgte ihm in die Runde. Schmitt gilt vielfach als der kommende Mann Deutschlands, mancher Fachmann traut ihm zu, daß er selbst Breitenbräuer zu überwinden vermag. Dazu sollte am Freitag allerdings noch viel. Im Kräftehieb, körperlicher Gemächtheit und Schlagkraft ist Breitenbräuer sehr weit vortrittend geblieben, daß er dabei niemals die Ruhe verliert, verleiht ihm weitere Überlegenheit. Schmitt, der selbst sehr gut fand, konnte nur wenig Schläge anbringen, und schon im Beginn der dritten Runde hatte Breitenbräuer sein Schiedel mit einem Schmalen Pfeilzug. — Ebenfalls großes Interesse nahm der Kampf Bruno Schmitt I, Frankfurt (150 Pfund), gegen Tom Jörnsen, Dänemark (147 Pfund), in Ansehung. Schon hat man früher zugeben gesehen, Jörnsen dagegen hat sich, seitdem man ihn vor vier Wochen hier beobachtet konnte, nützlich verbessert. Er war zum Anfang an bedeutend überlegen, schon in der zweiten Runde erzielte dieser einen schweren Niederlagen. Am Ende der vierten Runde war Jörnsen endgültig erledigt, ihm verblieben dabei noch das Mißgeschick, den rechten Arm zu brechen. — In Anfang und Ende des Abends wurden noch mehrere Kämpfe zwischen Dresdner Amateuren gezeigt: auch erzielten Paul Schell (160 Pfund) und Wille Köpfer (108 Pfund) im Ring. Schell kann man schon als nichtersprechenden jungen Bogen, er war am Freitag auf der Höhe. Dagegen war sein Partner zu ungenügend und unsicher, daß der Kampf bald abgebrochen werden mußte. Die anderen Amateure, Georg Wabel, Walter Bremer und Waldemar Horning-Albert Böbel brachten wieder ganz ansehnliche Leistungen.

Leichtathletik.

Herb- Waldlauf. Am kommenden Sonntag findet die letzte große Veranstaltung in Dresden auf Leichtathletischem Gebiete statt. Der Dresdner Hauptstadion für die Wettbewerbe versammelt Turner und Sportfreunde zum Herb-Waldlauf im Ostgelände am dem Weiden Flus. Höchstens 30 Teilnehmer haben sich gemeldet. In 18 Gruppen werden die Läufer das Waldgelände durchlaufen, ein herbespürbares, jugendliches Bild im schönen Landschaft. Der Gruppenlauf ermöglicht eine gute Übersicht der einzelnen Läufer, und dem Zuschauer den Gelegenheit am Ziel gegeben, jede Gruppe zweimal im Lauf zu sehen. Der Ablauf beginnt an der Kreuzung der Waldparkstraße mit dem Lichtplatz und ist zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 11 (Weiden Flus). Haltehalte Waldparkstraße. Das Ziel ist auf der Waldparkstraße an Böhlerturn, 3 Minuten von der Waldparkstraße entfernt. Der Ablauf der einzelnen Gruppen findet wie folgt statt: 10.30 Uhr die Gruppen der Jahresklasse Jugend 1907 bis 1909, 10.40 Uhr weibliche Erwachsene, 10.50 Uhr die Gruppen der Jahresklasse Jugend 1905 bis 1906, 11 Uhr 10 Kilometer Erwachsene, 11.10 Uhr 5 Kilometer Erwachsene, 11.30 Uhr die Gruppen der Jahresklasse Jugend 1903 bis 1904, 11.30 Uhr die Herren. Alle Läufer haben sich spätestens 30 Minuten vor ihrem Ablauf im Stadion am Lichtplatz konfessiert einzufinden.

Waffenport.

Dresdner Revolver. An den Mannschaften Wettbewerbe am 29. und 30. Oktober nehmen die bekannten Olympia-Rechter Jock und Schön, Frankfurt, Erdreich-de Waz und Beyer, Offenbach, Raumann und Adam, Dresden, teil. Ein Zeichen dafür, daß ein hervorragender Sport geübt werden wird. Es ist interessant, daß aus der Vorherrschaft des Deutschen Revolver-Bundes, Herr Erdreich-de Waz, Offenbach, der heute bereits im Alter von über 50 Jahren lebt, in seiner gewohnten formvollendeten Art mit seinen Gegnern die Ringen kreuzen. Die Spiele beginnen heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, früh 9 Uhr, im großen Saal des Ausstellungssaales.

Gegen Husten und Heiserkeit
Seit annähernd 40 Jahren bewährt
Fay's Minerald-Pastillen
Sodener Mineral-Pastillen

511
Sachsen, 28. Oktober 1921
Sachsen, 28. Oktober 1921

